

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 86 (1992)  
**Heft:** 7-8

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : Europa ja - EWR nein - EG ja, aber?

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zeichen der Zeit

### Europa ja – EWR nein – EG ja, aber?

«An Europa ... kommt die Schweiz nicht vorbei.» Rudolf H. Strahm beginnt mit dieser Binsenwahrheit seinen EG-kritischen Bestseller.<sup>1</sup> Was aber ist dieses «Europa», zu dem die Schweiz so offensichtlich gehört, dass sie ihm nicht ausweichen, zu ihm nicht nein sagen kann? Gewiss nicht der Europäische Wirtschaftsraum (EWR), jener gigantische Binnenmarkt, dem sich unser Land nach Meinung des Bundesrates 1993 anschliessen soll. Eher schon die Europäische Gemeinschaft (EG), wenn sie sich entschliessen könnte, unseren Kontinent nicht durch diesen totalen Markt plattzuwalzen, sondern als Einheit in der Vielheit sozial, ökologisch und drittweltverträglich zu gestalten. Das überraschende Beitritts-gesuch, zu dem sich der Bundesrat am 18. Mai durchgerungen hat, hält diese Option wenigstens offen.

#### Europa

Europa ist ein geographischer Begriff, eine historische Grösse und eine politische Aufgabe. Geographisch reicht Europa vom Atlantik bis zum Ural. Über die Geschichte sagen 500 Jahre Conquista zwar nicht alles, aber doch Entscheidendes aus. Die Aufgabe liegt noch vor uns. Sie besteht darin, aus dieser Geschichte zu lernen und die Zukunft nach einer Vorstellung von gemeinsamem *europäischem Gemeinwohl* zu gestalten.

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind die wegleitenden Werte, die das europäische Gemeinwohl begründen und zugleich begrenzen: nach unten gegenüber dem analogen Gemeinwohl der einzelnen Staaten und nach oben gegenüber dem Weltgemeinwohl. Hinzukommen muss die *Partizipation* der Menschen, wenn es darum geht, diesen drei Ebenen des Gemeinwohls eine politische Gestalt zu geben. Nach dem *Prinzip der Subsidiarität*, das die Eigen-

ständigkeit und Eigenverantwortung der kleineren sozialen Einheiten anerkennt und den grösseren Einheiten nur Aufgaben zuweist, die von den kleineren nicht aus eigener Kraft gelöst werden können, erfolgt auch die Abstufung der Zuständigkeiten: Die Völkergemeinschaft hat ihre Ziele und Kompetenzen, wie sie die UNO-Charta mehr andeutet, als verbindlich festlegt, während Europa unter dem Dach der werdenden Weltorganisation ein *kontinentales Stockwerk* bildet, in dem die Einzelstaaten selbständig ihre Wohnungen einrichten.

Europa, das sich an diesen Grundwerten orientierte, wäre die Idee, zu der wir vorbehaltlos ja sagen könnten. Wenn die europäische Wirklichkeit von dieser Idee noch weit entfernt ist, so heisst das für ein Land wie die Schweiz aber nicht, dass es sich gegenüber dem europäischen Integrationsprozess abwartend, ja ablehnend verhalten soll. Die unvollkommene Wirklichkeit ist vielmehr die *gemeinsame Herausforderung*, der sich die Länder dieses Kontinents stellen müssen.

Die Bilanz ist aber nicht nur schlecht. Die Integrationsschritte, die zur heutigen EG führten, haben dem westlichen Europa erstmals seit Jahrhunderten zu einer *dauerhaften Friedensordnung* verholfen. Nach den beiden letzten Weltkriegen, die von Europa ausgingen, liegt hier die überragende Leistung des bisherigen Einigungsprozesses. Angesichts der neu ausgebrochenen Gewalt in Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion wissen wir das Gut des inner-europäischen Friedens mehr denn je zu schätzen. Wir haben denn auch alles Interesse, an dieser Friedensordnung zu arbeiten und die Länder Ostmitteleuropas an ihr teilhaben zu lassen. So wie in Griechenland, Spanien und Portugal mit dem Beitritt zur EG stabile Demokratien entstanden sind.

Weniger nach Erfolgsrezept sieht die *soziale Seite der Integration* aus. Noch

gibt es Armutsregionen im westlichen Europa, noch verschärft sich die Kluft zwischen Wachstumszentren und Randregionen. Noch gibt es 15 Millionen registrierte Arbeitslose in der heutigen EG. Davon betroffen sind jede achte erwerbswillige Frau und jeder fünfte Jugendliche unter 25 Jahren. 44 Millionen Menschen leben in Armut (ohne die neuen Armen in der ehemaligen DDR). Noch weiss das westliche Europa keine Antwort auf die Verarmung der ostmitteleuropäischen Völker. Und wie in den letzten 500 Jahren profitiert es noch immer von der Verelendung der Dritten Welt.

Hinzu kommt die *ökologische Krise*, auf die Europa, auf die das ganze westliche Zivilisationsmodell hinsteuert. Als Wachstumsgesellschaft ist die EG ein «programmierter Umweltruin» – wenn's denn so weitergeht. Dass es aber so weitergeht, ist im Binnenmarkt-Projekt angelegt. Der Task Force Report der EG-Kommission hält fest: «Der Wachstumsimpuls, der vom Binnenmarkt ausgeht, wird vermutlich zu einer beträchtlichen Zunahme (beispielsweise) der Emissionen von Schwefeldioxid und Stickoxiden führen ... schätzungsweise bis zum Jahr 2010 um 8–9% bzw. 12–14% über den Emissionen, die ohne Binnenmarkt zu erwarten wären.»<sup>2</sup>

Europas Gemeinwohlaufgaben sind also in wesentlichen Bereichen ungelöst. Aber wie anders als in Europa und durch Europa sollten sie überhaupt gelöst werden können? Und welche Staatenverbindung könnte sich für die Lösung dieser Aufgaben besser eignen als die EG? Was der EG dazu fehlt, ist nicht das Instrumentarium, sondern die *Partizipation* der Menschen. Die EG wird geführt wie ein Grosskonzern, bestehend aus einem Ministerrat, der sich über das Europa-Parlament hinwegsetzen kann wie ein Aufsichts- oder Verwaltungsrat über eine machtlose Aktionärsversammlung, und aus den 17 EG-Kommissaren, die wie alle Topmanager im Kapitalismus wenig von Mitbestimmung halten. Ministerrat und Kommission möchten ihre Kreise durch keine demokratische Kontrolle gestört sehen, vor allem nicht von der seit 1989 bestehenden Mehrheit sozialistischer, grüner und linksliberaler Abgeordneter im Europa-Parlament...

## EWR als Falle

Am 6. Dezember soll das Schweizervolk über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum abstimmen. Dieser Schritt will bedacht sein. Noch ist Europa vor allem eines der Konzerne. Die *vier Freiheiten* des Verkehrs von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen dienen nicht in erster Linie dem Menschen, sondern dem Kapital, das je nach Profitinteresse Arbeit schafft oder verweigert, heute die Gunst der Stunde nutzt, um seine Handlungsspielräume zu lasten der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen zu «deregulieren». Lohn-dumping gehört zur Strategie der Eroberung von «Standortvorteilen» im gnadenlosen Konkurrenzkampf aller gegen alle. Selbst der Präsident der EG-Kommission Jacques Delors äussert «die Befürchtung, dass sich der Binnenmarkt ohne eine Politik der Solidarität nur in eine Richtung entwickelt, dass er nur den Starken hilft, noch stärker zu werden»<sup>3</sup>.

Der Europäische Wirtschaftsraum wird die 12 EG- und die 7 EFTA-Staaten zu einem *Binnenmarkt von 377 Millionen Menschen* vereinen. Der EWR wird grösser sein als die USA mit 251 Millionen und Japan mit 124 Millionen Menschen. Europa soll diese konkurrierenden Mächte überflügeln und mit 40 Prozent Anteil am weltweiten Güterhandel die führende Welthandelsmacht werden. Ökonomisch ist die Schweiz mit oder ohne Beitritt schon mittendrin: 74 Prozent der Importe kommen bereits aus der EG, 58 Prozent der Exporte gehen bereits in die EG.<sup>4</sup> Der formelle Beitritt wäre kaum mit wirtschaftlichen Vorteilen, eher mit sozialen, insbesondere aber mit ökologischen und demokratischen Nachteilen verbunden.

Wie Rudolf H. Strahm anhand zahlreicher Beispiele zeigt<sup>5</sup>, wären die «*Wohlstandseffekte*» eines Beitritts zum EWR äusserst bescheiden. Zwar würden die Konsumentinnen und Konsumenten davon profitieren, dass landwirtschaftliche Produkte, Nahrungsmittel und Getränke billiger zu haben wären. Entfallen würde ebenfalls die Preisbindung für pharmazeutische Produkte und Markenartikel. Konkurrenzdruck führt aber nicht nur zu Preisdruck, sondern auch zu *Lohndruck*, zumal der Bundesrat in voraus-eilendem Gehorsam gegenüber dem Euro-

kapital die schweizerischen Schutzbestimmungen vor Lohndumping ersatzlos streichen will. Was einzelne beim Konsum einsparen, fehlte ihnen dafür in der Lohntüte. Auch die Hypothekarzinsen würden auf das europäische Niveau von heute 10 Prozent ansteigen, die Mieten, die in der Schweiz schon eine europäische Rekordhöhe erreicht haben, trotz niedrigerer Baupreise also gewiss nicht sinken.

*Grösste Verliererin* des Binnenmarktes aber wird *die Natur* sein. Für sie hat der EWR eine ausgesprochen «schmutzige Kehrseite». Sinkende Preise können die Qualität der Produkte vermindern und deren Lebensdauer senken, wie das Beispiel der USA zeigt, wo der deregulierte Preiskampf einerseits den «Trend in den Ramsch» beschleunigt und andererseits Ressourcenverbrauch und Entsorgungsaufwand erhöht. Der Task Force Report nennt unter den ökologischen Nachteilen des Binnenmarktes vor allem die Zunahme des Lastwagen-Transitverkehrs um bis zu 50 Prozent in diesem Jahrzehnt.<sup>6</sup> Ökologisch spricht nichts für und alles gegen den formellen Anschluss der Schweiz an diesen «totalen Markt».

Nach dem Grundsatz der Partizipation völlig unannehmbar aber ist die Regelung, dass jedes Nichtmitglied der EG mit seinem Beitritt zum EWR das *Binnenmarktrecht der EG* übernehmen muss, ohne dieses mitbestimmen zu können. Schon auf die Abstimmung über den EWR hin legt der Bundesrat die Anpassung von 60 Gesetzen vor. Damit nicht genug müsste sich die Schweiz auch künftigen, heute noch nicht einmal bekannten EG-Richtlinien unterwerfen. Der Beitritt zum EWR könnte zur Falle werden, wenn die Schweiz später nicht auch der EG beitreten würde.

### **Für einen politisch begründeten Beitritt zur EG**

Von «Brüssel» immer mehr ferngesteuert und fremdbestimmt wird unser Land aber mit oder ohne Beitritt zum EWR. Zu gross ist die *faktische Integration* in diesen Wirtschaftsraum, als dass die Schweiz nicht ihre Gesetze ins Prokrustesbett der «Europaverträglichkeit» zwingen müsste. Gerade deshalb ist es politisch richtig, der EG beizutre-

ten, um dieses Europa mitzubestimmen. Das Gewicht der Kleinen ist in der EG nicht unbedeutend. Wenigstens auf sie nimmt der Ministerrat Rücksicht, indem er sich bei seinen Entscheidungen um Konsens bemüht.

Europa und die Schweiz benötigen das Instrumentarium der EG als politisches Korrektiv gegenüber den sozialen und ökologischen Verwerfungen des Binnenmarktes. Die beiden Gewerkschafter Hans Schäppi und Vasco Pedrina sagen aber mit Recht: «Während es den europäischen Wirtschaftsraum schon längst gibt, gilt es den *europäischen Sozial- und Umweltraum* erst noch zu erkämpfen.»<sup>7</sup> Zuvor noch gilt es diese Kampfbereitschaft erst einmal zu erstellen. Oder wie Strahm schreibt: «Der Internationalisierung des Kapitals müssen internationale gewerkschaftliche Strukturen als Gegenmacht gegenübergestellt werden.»<sup>8</sup> Der soziale Fortschritt wird den arbeitenden Menschen in Europa nicht geschenkt. Aber innerhalb der EG sind sie vermutlich stärker, als wenn sie mit dem ökonomischen Argument der nationalen Standortvorteile im internationalen Konkurrenzkampf gegeneinander ausgespielt werden.

Immerhin ist ein «*europäischer Sozialraum*» im Entstehen: Die EG will für ihre Mitglieder das Sozialdumping auf dem Binnenmarkt verhindern, indem sie einen Mindeststandard an Rechten und Sozialleistungen festlegt. Ohne EG dürfte auch dieser «soziale Sockel» hinweggespült werden. Für die Frauen sieht die Gleichstellung im Arbeitsprozess zumindest auf dem EG-Papier besser aus als in der schweizerischen Wirklichkeit. (Und wo dies umgekehrt ist, wie beim Verbot der Nachtarbeit, hat die Schweiz schon heute den Vorwand der «Europaverträglichkeit», um diese soziale Schutzbestimmung aufzuheben.) Eine Europäische Charta der sozialen Grundrechte soll ab 1993 in EG-Richtlinien umgesetzt und dadurch verbindlich werden. Darüber hinaus würde das europäische Gesellschaftsrecht die Schweiz veranlassen, die Mitbestimmungsdiskussion wieder aufzunehmen.

Dass die ökologischen Probleme grenzüberschreitend geworden sind, ist unbestritten. Wer aber, wenn nicht die EG, kann und soll mit dem *ökologischen Umbau der Wirtschaft* in Europa beginnen? Wo die EG keine Harmonisierungsvorschriften kennt, besteht

freilich die Gefahr einer Nivellierung nach unten, da sämtliche Waren frei zirkulieren dürfen, sofern sie in einem Mitgliedstaat zugelassen sind. Chemikalien zum Beispiel, die in Deutschland nicht auf den Markt gebracht werden dürfen, können auf dem Umweg über Portugal eingeführt werden. In der Schweiz wären sparfördernde Energietarife und das Programm «Energie 2000» des Bundesrates durch einen EG-Beitritt sogar gefährdet.

Auf der andern Seite «wäre, wenn es die EG nicht gäbe, in mindestens der Hälfte der Mitgliedstaaten die Umwelt wesentlich schlechter geschützt», sagt der Ökologe Ernst U. von Weizsäcker in einem Interview mit der NZZ (4.4.91). Erstmals hat die Einheitliche Europäische Akte von 1987 den Umweltschutz zu einer zentralen *Gemeinschaftsaufgabe* erklärt. Eines der wichtigsten Probleme wird die Verkehrsumlagerung von der Strasse auf die Schiene sein. Mit dem Beharren auf der 28-Tonnen-Limite im Transitvertrag mit der EG hat die Schweiz bereits einen kleinen Beitrag zu diesem Umdenken geleistet. Auch in der Landwirtschaft werden Direktzahlungen dazu beitragen, die Produktionsweise ökologisch zu steuern. Hinzu kommt ökologischer Druck «von unten». 70 Prozent der EG-Bevölkerung halten den Umweltschutz für ein «dringendes und sofort zu lösendes Problem»<sup>9</sup>. Je demokratischer «Brüssel» in Zukunft regiert sein wird, umso ökologischer wird auch die Gesetzgebung ausgestaltet werden.

Damit sind wir wieder beim *Demokratie-defizit* der heutigen EG angelangt. Was als Fernziel genannt wird, müsste sehr viel näher rücken: der Europäische Bundesstaat, der ähnlich strukturiert wäre wie der schweizerische, mit einem Europäischen Parlament, das die Bundesregierung wählen würde, und mit einer Staatenkammer, in die der Ministerrat übergehen könnte. Ein föderalistischer Stufenbau der Kompetenz- und Partizipationsordnung wäre das strukturgewordene Subsidiaritätsprinzip in Europa.

Andreas Gross hat es unlängst in den Neuen Wegen (1991, S. 140ff.) gesagt: Souveränitätsverzicht ist demokratischen Völkern nur zumutbar, wenn gleichzeitig ein *Souveränitätstransfer* auf die neue, die europäische Ebene stattfindet. Was sie im eigenen Staat nicht mehr selbständig ent-

scheiden können, das können sie auf europäischer Ebene mitbestimmen. Die Partizipation müsste jedoch über einen blossen Euro-Parlamentarismus hinausgehen. Europa kann nur «von unten» wachsen, nur aus direktdemokratischen Entscheidungen der ihrer neuen staatsbürgerlichen Qualität bewussten Europäerinnen und Europäer hervorgehen. *Dänemark*, das am 2. Juni die – demokratisch weder kontrollierte noch legitimierte – Wirtschafts- und Währungsunion von Maastricht abgelehnt hat, sollte der «Eurotopie» gegenüber der «Eurokratie» Auftrieb geben.

Die ganz grosse Sorge aber bleibt: dass die EG *eurozentrisch* nur das eigene Wohl sucht und das Weltgemeinwohl missachtet und dass die Schweiz mit oder ohne Beitritt der Festung Europa zudient, um die Migration aus der Dritten Welt und aus Ostmitteleuropa mit gemeinsamen polizeilichen, wenn nicht militärischen Mitteln abzuwehren, ja dass unser Land seine gewiss überholte Neutralität nicht aus Solidarität, sondern aus Komplizenschaft mit einem neuen *Euromilitarismus* preisgibt.

«EG ja, aber nicht so», könnte unsere Schlussfolgerung sein. Zu beherzigen wäre dabei die Warnung Rudolf H. Strahms an die Adresse der Sozialdemokratie, die heute zur EG auch eine «Ja, aber»-Parole herausgibt: «Wie oft sagte die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte schon <ja, aber...>. Das <Ja> wurde dankbar akzeptiert und das <aber> dann stillschweigend vergessen...»<sup>10</sup>

1 Rudolf H. Strahm, Europa-Entscheid, Zürich 1992, S. 4.

2 Zit. in: Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Europa: Programmierter Umweltruin, 5.10.1991.

3 Im Vorwort zum Cecchini-Bericht (Paolo Cecchini), Europa 92, Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988.

4 Vgl. Strahm, a.a.O., S. 28f., 51.

5 Vgl. Strahm, a.a.O., S. 157–188.

6 Vgl. Strahm, a.a.O., S. 115, 35.

7 Schächli/Pedrina, Europäischer Wirtschaftsraum und EG-Beitritt, in: Widerspruch, Heft 20, Dezember 1990, S. 60.

8 Strahm, a.a.O., S. 171.

9 Zit. nach Strahm, a.a.O., S. 48.

10 Muss es der Schnellzug sein?, in: Rote Revue, 7/8–1990, S. 14.